

Gesetzgebung im heissesten Wahlkampfthema

Stellen Sie sich vor, es ist Wahlkampf. Bei Politikern vermischte sich ein reger Ideenwettbewerb mit Profilierungssucht. Die Nachhaltigkeit der Meinungen reicht oft nur bis zur abendlichen Tagesschau. Visionen überall und von allen. Der Termindruck bremst. Konkret aber haben sie einen Scherbenhaufen, den es aufzuräumen gilt. Unaufgeregt, ausgeglichen und umsetzbar muss es sein. Ich rede vom CO₂-Gesetz. Der Klimawandel lässt grüssen. Was habe ich nicht alles gehört, was man machen sollte. Autofreie Wochenenden, zusätzliche Abgaben auf alles und jedes, einen Klimafonds, weniger Fleisch essen, CS und UBS verstaatlichen, den Kapitalismus abschaffen und vieles mehr. Und das alles in einer mehrheitsfähigen Form. Im Nationalrat ist im Dezember die klimapolitische Bescherung ausgeblieben. Dadurch hatte nun – umgangssprachlich gesagt – der Ständerat die Bescherung. Scheitern verboten, so die Devise. Gescheitert sind wir nicht, ob wir es aber schaffen werden, wird sich in der Septembersession zeigen. Der Gesetzesentwurf der UREK-S gibt immerhin Anlass zur Hoffnung.

Klar, die einen werden wieder von zu wenig, die anderen von zu viel reden. Für mich zählt aber nur das Machbare. Der aktuelle Entwurf ist griffig, klimafreundlich, wirtschaftsverträglich und sozial. Die Ziele des Pariser Übereinkommens werden

eingehalten. Die Treibhausgasemissionen werden bis 2030 gegenüber 1990 halbiert. Wir sind auf Kurs, auch wenn wir den Kapitalismus nicht abschaffen, die CS und UBS nicht verstaatlichen und auch Autos nicht gänzlich verbieten. Helfen soll eine Flugticketabgabe zwischen 30 und 120 Franken. Die genaue Ausgestaltung wird dem Bundesrat überlassen. Lenkungswirkung kann aber vor allem bei den Kurz- und Mittelstreckenflügen erreicht werden. Auch der Treibstoff soll verteuert werden. Dies aber maximal um zehn Rappen bis 2025. Immerhin. Denn anders als bei Kurzstreckenflügen kann auf das Auto nicht leichthin verzichtet werden. Zumindest nicht in Randregionen. Ebenfalls unbe-

stritten ist, dass fossile Brennstoffe generell reduziert werden sollen. Die Frage nach dem «Wie» bleibt. Gerade in den alpinen Bergregionen fehlt oftmals eine echte Alternative. Trotz Klimaerwärmung muss weiterhin und reichlich geheizt werden und bei uns wartet vor der Haustüre kein Tram. Die entsprechenden Zielgrenzwerte müssen diesen Umständen Rechnung tragen und ich kämpfe dafür, dass wir im Alpengebiet nicht einmal mehr die Zechen zahlen.

«CO₂-Gesetz ist mehr als ein Klimaschutz-Alibi»

Die Lenkungsabgaben sind das eine, deren Verwendung das andere. Die Häufung von Murgängen, Hochwasser sowie Steinschlägen, die schnee-armen Winter und die trockenen Sommer sind direkte Auswirkungen des Klimawandels. Teure Sicherheitsmassnahmen zum Schutz der Bevölkerung werden notwendig, wichtige Einnahmequellen im Tourismus könnten versiegen und die Produktionskosten in der Landwirtschaft steigen. Der Flachländer schwitzt, das Berggebiet leidet. Die Bekämpfung des Klimawandels hat erste Priorität, aber gleichzeitig müssen

dessen unmittelbare Folgen abgefedert werden. Ein Frühwarnsystem bei Murgängen ist genauso wichtig wie die Weiterentwicklung zum Ganzjahrestourismus oder die Unterstützung der Berglandwirtschaft. Konzepte und Positionspapiere sind hierfür wenig hilfreich. Was es braucht ist Geld, viel Geld. Zum Beispiel Gelder aus dem Klimafonds. Der Vorstoss stammt von Nationalrat Philipp Matthias Bregy. Ich habe ihn im Ständerat gerne übernommen und angepasst. Und siehe da, anders als der Bundesrat haben sich die Ständeräte offen dafür gezeigt. Klimaschutz geht nur, wenn alle mitmachen. Alle machen aber nur mit, wenn die Massnahmen wirtschaftsverträglich und sozial sind. Als ehemaliger Gemein-

depräsident eines Bergdorfes und heutiger Ständesvertreter eines Bergkantons war mein Auftrag klar. Die Rand- und vor allem Bergregionen dürfen nicht zweimal zur Kasse gebeten werden. Umso mehr freue ich mich, dass der Entwurf durchaus auch meine Handschrift trägt. Als eines der reichsten Länder haben wir eine Verpflichtung und auch eine Vorbildfunktion. Diese können wir aber nur ausüben, wenn der innere Zusammenhalt gewährleistet ist und der Wohlstand erhalten bleibt. Daher ist neben der Verträglichkeit des Gesetzes für die Bergregionen auch diejenige für die Wirtschaft wichtig. Schwächen wir nämlich unsere Wirtschaft mit zu vielen neuen Abgaben, schwinden zukünftig die Möglichkeiten für die Leuchtturmfunktion. Ein «Perpetuum mobile» haben wir nicht kreiert und auch das Ei des Kolumbus haben wir nicht erfunden. Das CO₂-Gesetz ist aber mehr als ein Klimaschutz-Alibi, sondern ein gutes Gesetz mit Verbesserungspotenzial. Trotz Wahlkampf sind die Scherben geflickt. Der Ständerat hat sich ein Beispiel an den drei Eidgenossen im Treppenhaus genommen, die Ruhe bewahrt und dem Wahlkampf bedingten Klimawandel in den Diskussionen getrotzt. Gut so, schliesslich sollten wir für den Titel «Chambre de réflexion» auch etwas machen...



BEAT RIEDER
STÄNDERAT CVPO